



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Prof. Dr. Michael Piaolo**
FREIE WÄHLER
vom 07.08.2017

Wissenschaftsfreiheit

Der Abbau politischer Freiheiten, wie er derzeit in der Türkei oder Ägypten zu beobachten ist, geht mit Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit einher. Nicht ohne Grund haben zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Zuflucht in Staaten gefunden, deren Demokratieverständnis auf der Freiheit und Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung aufbaut. Wissenschaftsfreiheit ist in Deutschland zentrales Element der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie ist politische Praxis, wie unlängst Bundesministerin Johanna Wanka und der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Prof. Dr. Peter Strohschneider betonten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Staatsregierung:

Wie viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben in den vergangenen Jahren aufgrund der politischen Entwicklungen in ihren Heimatländern Zuflucht in Bayern bzw. an bayerischen Hochschulen gesucht, um dort ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit nachzugehen (bitte aufschlüsseln nach Herkunftsländern, Hochschulen, wissenschaftlichen Schwerpunkten ihrer Arbeiten sowie bayerischen Zufluchts-hochschulen und Fakultäten)?

Antwort

des **Staatsministeriums für Bildung und Kultur, Wissenschaft und Kunst**
vom 28.08.2017

1. Im Rahmen der amtlichen Hochschulstatistik wird die Staatsangehörigkeit des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen erfasst, jedoch keine Angaben darüber, ob es sich um Personen handelt, die aufgrund der politischen Entwicklungen in ihren Heimatländern nach Deutschland gekommen sind. Auf Basis der amtlichen Statistik lässt sich die Frage somit nicht beantworten. Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach Bayern kommen und an bayerischen Hochschulen tätig sind, sind nicht verpflichtet, bei den Hochschulen Angaben über ihren privaten Hintergrund zu machen. Aus diesem Grunde erscheint es nicht zielführend, bei den Hochschulen abzufragen, welche Wissenschaftler ausländischer Herkunft aufgrund der politischen Entwicklung in ihrer Heimat Zuflucht an bayerischen Hochschulen gesucht und gefunden haben, da diese Angaben die Situation nicht vollständig wiedergeben dürften.

2. Mit der **Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung** erhalten Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland die Möglichkeit, gefährdete Forschende im Rahmen eines Vollstipendiums für 24 Monate aufzunehmen. Finanziert wird diese Initiative durch das Auswärtige Amt, die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, die Andrew W. Mellon Foundation, die Fritz Thyssen Stiftung, die Gerda Henkel Stiftung, die Klaus Tschira Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, den Stifterverband sowie die Stiftung Mercator.

Bayerische Hochschulen haben eine Reihe von Philipp Schwartz-Stipendiaten bei sich aufgenommen:

Universität Augsburg	1 Stipendiat
Universität Bamberg	2 Stipendiaten
Universität Bayreuth	3 Stipendiaten
Universität Erlangen-Nürnberg	3 Stipendiaten
Technische Universität München	1 Stipendiat
Hochschule Weihenstephan-Triesdorf	1 Stipendiat
Universität Würzburg	1 Stipendiat

Einzelheiten zu den Philipp Schwartz-Stipendiaten können jedoch von der Alexander von Humboldt-Stiftung aus Datenschutzgründen nicht offengelegt werden. Einige Stipendiatinnen und Stipendiaten befinden sich weiterhin in einer gefährdeten Situation bzw. befürchten Konsequenzen für ihre Familien im Heimatland, wenn ihre Förderung öffentlich würde.